Laibacher Zeitung.

Nr. 155.

Dinstag am 8. Juli

1856.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zubereitung ins Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Insertionsgebühren für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. C. M. n. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel pr. 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. 30 kr. für 3 Mal, 1 fl. 10 kr. für 2 Mal und 50 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Amtslicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Kabinettschreiben vom 2. d. M. dem Sektionschef im k. k. Finanzministerium, Karl v. Scheuchstuel, in Anerkennung seiner Verdienste um das Montanwesen, den Orden der eisernen Krone zweiter Klasse allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. v. M. dem beim Ministerium des Innern in Verwendung stehenden Statthalterei-Konzipisten, Ferdinand Grafen v. Thurn-Balsassina-Laxis, die k. k. Kämmererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz die Gerichts-Adjunkten Johann Bissich, Josef Matkovich, Nikolaus Tvariko, Matthäus Ritter v. Callich und Markus Micula zu Adjunkten bei den gemischten Präturen in Dalmatien ernannt.

Der Minister des Innern hat einverständlich mit dem Justizminister den Gerichtsadjunkten Fortunat Stronski zum Bezirksadjunkten bei einem gemischten Bezirksamte im Krakauer Verwaltungs-Gebiete ernannt.

Der Minister des Innern hat den dritten Kreis-Kommissär Johann Winkler zum provisorischen Statthalterei-Sekretär in Währen ernannt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Justizminister den Gerichtsadjunkten zu Leutschau, Johann Zebro, zum Stuhlrichteramts-Adjunkten im Kaschauer Verwaltungsgebiete ernannt.

Heute wird ausgegeben und versendet: das Landes-Regierungsblatt für das Herzogthum Krain. Erster Theil. XXV. Stück, VIII. Jahrgang 1856.

Inhalts-Übersicht:

A.

- Nr. 121. Erlass des k. k. Finanzministeriums vom 28. Mai 1856, in Betreff der Errichtung einer Finanz-Prokuratur für das Verwaltungsgebiet der Krakauer Finanz-Landesdirektion.
- Nr. 122. Verordnung des k. k. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten v. 28. Mai 1856, betreffend die Konzession für den Bau der italienischen Central-Eisenbahn.
- Nr. 123. Erlass des k. k. Finanzministeriums vom 29. Mai 1856, betreffend die Zollbehandlung von Wolltafeln (Wollwatta), von zweifach schwefelsaurem Kali, zubereitetem Orseille und Persio.
- Nr. 124. Erlass des k. k. Finanzministeriums vom 29. Mai 1856, betreffend die Zollbehandlung von Gold- und Silber-Blechen und Folien.
- Nr. 125. Erlass des k. k. Finanzministeriums v. 31. Mai 1856, womit die §§. 10 und 11 des Gesetzes vom 26. Jänner 1853 (Nr. 18 N. G. B.) erläutert werden.
- Nr. 126. Erlass des k. k. Finanzministeriums vom

5. Juni 1856 betreffend die Zollbehandlung halbgarer Ziegen- und Schaffelle.

Nr. 127. Erlass des k. k. Ministeriums des Aeußern vom 6. Juni 1856, womit die, in Gemäßheit der neuen Studiengesetze modifizirten Bestimmungen über die vor dem Eintritte in den Konzepts-Dienst des Ministeriums des Aeußern abzulegenden Prüfungen bekannt gegeben werden.

Nr. 128. Verordnung des k. k. Finanzministeriums vom 7. Juni 1856, womit der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Finanz-Bezirksdirektionen in dem Amtsgebiete der steirisch-illyrisch-küstenländischen Finanz-Landes-Direktion zu Graz kundgemacht wird.

Nr. 129. Erlass des k. k. Justizministeriums vom 8. Juni 1856, mit einer Erläuterung des §. 427 der Strafprozeß-Ordnung über den Anfangspunkt der Frist zur Anmeldung der Berufung und deren Ausführung gegen strafgerichtliche Erkenntnisse in Uebertretungsfällen.

B.

Nr. 130—132. Inhaltsanzeige der unter den Nrn. 93, 94 und 99 des Reichs-Gesetz-Blattes vom Jahre 1856 enthaltenen Erlässe.

Laibach den 8. Juli 1856.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Landes-Regierungs-Blattes für Krain.

Nichtamtlicher Theil.

Ein Ungenanntseinwollender hat aus Anlaß der bevorstehenden Entbindung Ihrer k. k. Majestät der Kaiserin dem Magistrate 100 fl. zur freien Vertheilung unter die Armen zur Verfügung gestellt.

Indem der Magistrat diesen Betrag seiner Bestimmung zuführen wird, drückt er dem edlen Geber hiemit öffentlich den wärmsten Dank aus.

Magistrat der k. k. Hauptstadt Laibach am 7. Juli 1856.

Oesterreich.

Wien, 6. Juli. Ihre Majestät die Kaiserin erfreut sich nach Berichten aus Laxenburg fortwährend des allerbesten Wohlseins. Gestern machte Ihre Majestät eine kurze Spazierfahrt und wurde von den Wienern, die sich an jedem Tage zahlreich in Laxenburg einfanden, mit Enthusiasmus lebhaft begrüßt.

— Se. k. k. Hoheit Herr Erzherzog Ferdinand Maximilian begeht Höchstseiner Geburtsfest zu Schönbrunn. Se. k. k. Hoheit ist geboren den 6. Juli 1832.

— Ihre k. k. Hoheiten die Herren Erzherzoge Ferdinand Maximilian, Karl Ludwig und Maximilian v. Este, Höchstwelche sich derzeit hier befinden, werden Ihren Aufenthalt in Wien bis nach den am Allerhöchsten Hofe bevorstehenden Tauffeierlichkeiten verlängern. — Erzherzog Johann wird morgen von Steiermark hier erwartet. Die Frau Gräfin v. Meran und der Herr Graf v. Meran werden im Laufe der nächsten acht Tage in Wien eintreffen.

— Se. Majestät König Otto von Griechenland nahm heute bei Ihren Majestäten in Laxenburg, dann bei Ihren k. k. Hoheiten Herrn Erzherzog Franz Karl und Frau Erzherzogin Sophie in Schönbrunn Abschied. Derselbe reist morgen nach Karlsbad ab.

— Das von der pharmakologischen Sektion der k. k. Gesellschaft der Aerzte im Monate Februar l. J. zusammengesetzte Comité zur Berathung des Bade-Statuts und der Einrichtungen in den Kurorten, hat seine Arbeiten beendet, und werden die Entwürfe im Laufe des Winters zur Schlußberathung kommen. Das Statut umfaßt 20 Paragraphen. Es geht von dem Grundsatz aus, daß die Regierung ihren besondern Schutz nur den von ihr anerkannten Kurorten und Heilquellen angedeihen lassen könne. Diese werden ausgeübt durch eine Kurkommission. Dieselbe ist, den Bedürfnissen entsprechend, aus mehr oder weniger Mitgliedern zusammengesetzt, doch sollen der angestellte und der von dem kurärztlichen Kollegium delegirte Arzt stehende Mitglieder der Kommission sein. Die Aerzte des Kurortes sollen ein Kollegium bilden, welches in seine Verhandlungen jedweden Gegenstand ohne Ausnahme einbezieht, der mit dem Kurorte selbst im Zusammenhange steht. Die Aufgaben der Kommission sind in 11 Punkten präzisirt, in welchen auch insbesondere auf die Hospize für unbemittelte Kranke, auf Gründung eines Kurblattes und auf die Publizierung jährlicher umfassender Kurortsberichte angetragen wird.

Die böhmischen Badeorte erfreuen sich eines sehr zahlreichen Zuspruches. Karlsbad war um diese Zeit noch nie so voll, wie heuer, in Franzensbad zählte man nach der am 17. v. M. ausgegebenen Badesliste 572 Parteien mit 898 Personen und der Besuch in Teplitz betrug bis zum 16. v. M. 1241 Parteien mit 1902 Personen. Er übertrifft jenen aller früheren Jahre an demselben Tage bereits um ein Bedeutendes.

Durch die kürzlich erfolgte Postvertheilungsregulirung zwischen Wien und Siebenbrunn wurde eine zwanzigstündige Beschleunigung für die Route Wien-Hermannstadt und den damit in Verbindung stehenden Poststationen erzielt.

Triest. Wie wir erfahren, ist der Plan zur Gründung einer Bank in Triest so weit gediehen, daß vorbereitende Schritte bei der h. Regierung gethan werden konnten.

Agram. Nach einer dem Agramer k. k. Gendarmen-Regiments-Kommando zugekommenen dienstlichen Anzeige ist bei dem in der Nacht des 26ten Juni l. J. in der Wohnung des herrschaftlichen Försters Djingjerovic aus Drenje, Djalosvarer Bezirkes, verübten Raubansalle der berühmte Räuber Marian Markovic von dem genannten Förster erschossen worden, während es dem Genossen des Ersteren, Pave Popovic und noch zwei anderen unbekannt, hiebei gleichfalls theilhaftig gewesenem Räubern zu entkommen gelang.

Jun 30. Juni. Se. k. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog-Statthalter beehrte am vergangenen Mittwoch das hiesige Gymnasium mit einem Besuche. Von dem Lehrkörper ehrfurchtsvollst empfangen, besichtigten Höchstselben mit hohem Interesse das physikalische Cabinet und theilnahmen sich an der hierauf folgenden Prüfung der Schüler, um von dem Stande ihres Fortschrittes umfassende Kenntniß zu nehmen. Die gütigen Worte, mit denen Se. k. k. Hoheit Höchstseine Anerkennung ausdrückten, machen diesen Tag zu einem Ehren- und Freudenfeste in Ehren in der Chronik des Gymnasiums.

(B. f. L. u. B.)

Deutschland.

Danzig, 30. Juni. Aus Veranlassung der heute auf das Rathhaus berufenen Gesellen sämtlicher Handwerke, circa 4000 an der Zahl, wegen Abänderung des Statuts der allgemeinen Krankenkasse, waren von Morgens an in der Langgasse und auf dem Langen Markte große Zusammenläufe; einzelne Exekutivbeamte vermochten nicht, die Menge auseinander zu bringen; Herr Polizeipräsident v. Clausewitz erschien in Person und ermahnte zur Ruhe; Mannschaften der Hauptwache wurden requirirt, später mußten Infanterie- und Kavallerieabtheilungen die Langgasse säubern und absperren. Viele Arrestirungen fanden Statt.

† Ueber die in Danzig am 30. Juni vorgefallenen Ereignisse berichtet die „Preuß. Corresp.“:

„Der Magistrat hat behufs Publikation der höheren Orts bestätigten Statuten für die zur gegenseitigen Unterstützung bestimmten Gesellenkassen die Gesellen in Abtheilungen zu verschiedenen Stunden vorgeladen. Einzelne Gewerke zeigten sich über die beabsichtigte Aenderung, insbesondere darüber, daß für alle Gesellenkassen ein gemeinschaftlicher Rendant in der Person eines magistratischen Beamten eingesetzt werden soll, von vornherein sehr aufgeregt, und nachdem mit mehreren derselben unter Lärmen und Loben vergeblich verhandelt worden war, wurde von weiteren Verhandlungen Abstand genommen. Die Gesellen versammelten sich in Massen vor dem Rathhause; die Ermahnungen des Polizeipräsidenten, sich zur Ruhe zu begeben, fruchteten nur theilweise und vorübergehend. Nach Verlauf einiger Stunden versammelten sich die Gesellen in größeren Schaaren wieder, angeblich, um Versammlungskosten für den Termin zu fordern, und begannen auf dem Langmarkt und vor dem Rathhause zu tumultuiren. Nachdem die Ermahnungen und selbst das energische Einschreiten der Polizeibeamten ohne dauernde Wirkung geblieben, wurden mit Hilfe einer Compagnie Infanterie und einer Schwadron Husaren, ohne daß es des Gebrauches der Schußwaffe bedurfte, in Kurzem die Straßen gesäubert, wobei drei Gesellen verwundet wurden. Um 8 Uhr Abends war die Ruhe wieder hergestellt, welche denn auch am 1. Juli nicht wieder gestört worden ist.“

† In Danzig haben sich die Ereignisse nicht wiederholt, die alte Ordnung ist hergestellt, die Gesellen sind am 1ten d. M. wieder an die Arbeit gegangen. Am 30. Juni Abends, dem Tage des Tumults, revidirten die Polizei-Exekutivbeamten sämtliche Herbergen, und sorgten ohne bedeutenden Widerstand für Entfernung der aufgeregten Gesellen, so wie für die Schließung der Versammlungslokale. Im Ganzen wurden 37 Personen verhaftet.

Italienische Staaten.

Im Jahre 1835, wo die Cholera in Livorno mit unerhörter Bösartigkeit wüthete, gelobten viele dortige Einwohner, eine Kirche erbauen zu lassen, zum Dank dafür, daß sie von der Seuche verschont geblieben. Zum Baumeister wurde der Professor Gherardi erwählt. Der Bau der Kirche wurde nur durch Hilfe freiwilliger Beiträge begonnen und beendet. Am 22. v. M. fand unter großem Pomp, im Beisein des gesammten Hofes, der Staatskörper und der höheren Geistlichkeit des Großherzogthums, deren feierliche Einweihung Statt. Die Kirche führt den Namen „Santa Maria del Soccorso.“

Frankreich.

○ Das Schreiben des Grafen von Paris, welches zu so vielem Gerede Anlaß gegeben, liegt nun vollständig vor, und lautet:

„Mein lieber Herr Roger du Nord! Ich danke Ihnen für den Brief, den Sie mir geschrieben haben. Ich bin hieher gekommen, um meine Großmutter zu sehen, und ich war sehr glücklich, ihre Gesundheit in einem besseren Zustande gefunden zu haben. Mein Oheim Nemours hat mich bestimmen wollen, meine Reise zu benutzen, um in Troisdorf einen Besuch zu machen. Ich habe ihm geantwortet, daß dieß keineswegs meine Absicht wäre, daß ich mei-

ner Mutter Dank wüßte, mir bis zum heutigen Tage meine ganze Freiheit bewahrt zu haben, und daß sie mich zu keinem der Schritte veranlaßt hat, die geschehen sind, um eine Annäherung zwischen den beiden Linien unserer Familie hervorzurufen. Ich habe hinzugefügt, daß ich, was meine Person betrifft, den im Testamente meines Vaters mir vorgeschriebenen Grundsätzen (principes de conduite) geiren bleiben wollend, mich niemals von der großen liberalen Partei trennen werde, welche im Jahre 1830 meinen Großvater zur konstitutionellen Regierung von Frankreich berufen hat. Mein Oheim hat mich gefragt, ob ich in dem Augenblicke, wo ich meine Großjährigkeit erreichen würde, die Absicht hätte, eine feierliche und öffentliche Erklärung dieser Gefühle zu machen. Ich habe ihm gesagt, daß ich nicht diese Absicht hätte, daß ich ihn aber bitte, meine anderen Oheime von diesen meinen Bestimmungen (dispositions) zu unterrichten, und daß ich mir meinerseits vorbehalten, dieselben meinen Freunden in Frankreich mit Vermeidung von Aufsehen (sans éclat) kund zu machen.“

Der Graf Montalembert hat, wie bereits gemeldet, an den Präsidenten des gesetzgebenden Körpers ein Schreiben gerichtet, worin er erklärt, er würde gegen den Gesetzentwurf wegen Verleihung von 600.000 Fr. Rente an die Prinzessinnen der Familie Orleans votirt haben, wenn ihn nicht Familienpflichten von Paris fern hielten. Die „N. Z.“ erklärt sich nun in den Stand gesetzt, den Wortlaut dieses interessanten Schreibens mitzutheilen. Dasselbe lautet:

„Herr Präsident! Durch eine höchste Familienpflicht, die mich genöthigt hat, vom gesetzgebenden Körper einen Urlaub zu verlangen, 120 Meis weit von Paris zurückgehalten, empfinde ich das lebhafteste Bedauern, keinen Antheil nehmen zu können an der Berathung, die über den Gesetzentwurf wegen Verleihung von 600.000 Fr. Rente an die Prinzessinnen des Hauses Orleans stattfinden wird.“

Ich glaube jedoch, daß meine gezwungene Abwesenheit mich nicht des Rechtes berauben kann, meine Meinung über dieses Projekt auszusprechen, und mich auf verschiedene Präcedenz-Fälle stützend, die Ihnen leicht sein wird, in den Annalen der Versammlungen zu finden, von denen wir beide Mitglieder waren, habe ich die Ehre, mich an Sie, Herr Präsident, zu wenden, um Sie zu bitten, diese Ansicht zur Kenntniß meiner Kollegen bringen zu wollen.

Ich weise mit der ganzen Kraft meiner Ueberzeugung die Anordnungen des Gesetzentwurfes und die Beweggründe zurück, die in der von den Herren Boivinilliers und Gabelle unterzeichneten Denkschrift mitgetheilt werden. Seit mehr als zwanzig Jahren war ich Mitglied der legislativen Gewalten meines Landes, ich erinnere mich aber nicht, jemals berufen gewesen zu sein, mich auszusprechen, über eine mit allen Regeln des öffentlichen und des Privat-Rechtes so ganz unverträgliche Maßregel.

Ich halte mich bei den indirekten Sanktionen nicht auf, welche dieser Entwurf den Dekreten vom 22. Jan. und 2. März 1832 gibt, welche das Haus Orleans seines Jahrhunderts alten väterlichen Erbtheils beraubt haben. Zu drei verschiedenen Malen hat der gesetzgebende Körper meine Protestationen gegen diese Dekrete entgegen genommen. Aber indem ich von der vollendeten Thatsache derselben ansche, muß Folgendes Jedermann klar in die Augen fallen. Wenn das Gesetz, welches die Zivilliste des Königs Ludwig Philipp errichtete, wenn so viele andere Gesetze, welche selbst unter der Republik die seinen Kindern gemachte Dotation sanktionirt haben, nicht hinderlich waren, um die unter der Regierung Napoleon's III. in so seltsamer Weise angerufenen alten Regeln der Monarchie zu beseitigen, so hat das Gesetz, das wir votiren sollen, nicht den geringsten Werth. Eine alte Rechtsregel sagt uns: „Pendre et retenir ne vaut.“ Wenn man das Recht gehabt hat, zu nehmen, so hat man nicht das Recht, zu geben.

Von zwei Dingen eines: Entweder ist es dem alten französischen Staatsrechte gemäß, wie es in der Denkschrift heißt, daß man das Erbtheil des Hauses Orleans der Staats-Domäne zurückgab, und mit welchem Rechte verlangt man dann heute, daß

man den Staat theilweise beraube? Oder dieses alte Recht war nicht anwendbar auf die von der Charte von 1830 geschaffene Monarchie, und warum geht man dann heute nur theilweise davon ab, und zwar nur zum Nutzen der Frauen?

Wenn die Güter, welche der Herzog von Orleans vor seiner Thronbesteigung seinen Kindern zum Geschenk machte, diesen nicht angehören, warum soll man ihnen auf Unkosten der Steuerpflichtigen eine Entschädigung geben? Aber wenn sie ihnen angehören, oder wenn die Frage auch nur zweifelhaft ist, wie kann man sie dann den Einen zurückgeben und den Anderen vorenthalten?

Wie kann man bei unserem Zivilrecht und der von ihm festgestellten Gleichheit der Theilung bei Erbschaften das Recht der Töchter anerkennen, indem man die Söhne beraubt und so eine Art falschen Gesetzes zum Nutzen der Confiskation in's Leben ruft?

Und wenn die in die Rede stehenden Domänen denen angehören, welchen man vorschlägt, den Preis dafür zu bezahlen, worauf stützt man sich dann, um sie ihnen nicht in Wirklichkeit zurückzugeben? Woher kommt das Recht, Grundstücken eine Rente zu substituiren? Welcher Privatmann würde auf einen ähnlichen Tausch eingehen? Und woher kommt diese Taxe von 200.000 Franks auf den Kopf? Wo ist die Schätzung und die Gegen-Schätzung? Wo sind die Kontrakte, die Protokolle, die dieser Abschätzung der Immobilien und des sonstigen Besitzthums, deren sich die Verwaltung der Domänen bemächtigt hat, zur Grundlage dienen könnten?

Wie kann man außerdem anerkennen, daß die Heiratsverträge zwischen den Prinzessinnen, Töchtern des Königs Ludwig Philipp, und ihren Männern einen internationalen Charakter haben, der Frankreich bindet, und läugnen, daß der nämliche Charakter für die Verträge gilt, die zwischen den Söhnen des Königs und den fremden Prinzessinnen, die sie geheiratet haben, abgeschlossen worden sind? Hat das väterliche Vermögen des Herrn Herzogs von Nemours, des Herrn Prinzen von Joinville, des Herrn Herzogs von Anmale und des Herrn Herzogs von Montpensier nicht als eine der Bedingungen betrachtet werden müssen, welche die Heirat — so drückt sich die Denkschrift aus — mit diesen Prinzessinnen zu Stande brachten, die ihr Land verlassen haben, um in eine fremde Familie einzutreten, und die sich der Vortheile beraubt finden, welche für sie aus der Donation vom 7. August (1830) entsprangen und die ihre Kinder erben sollten?

Wenn man endlich, wie es die Denkschrift thut, die Dekrete von 1832 als regelmäßig und definitiv betrachtet, wie kann man dann einer französischen Versammlung vorschlagen, in das Hauptbuch der Staatsschuld Renten einzuschreiben, die, im Grunde genommen, nur Pensionen ohne alle Ansprüche sein würden, zum Nutzen von jungen und fremden Prinzen, die nie für Frankreich etwas gethan und auch wahrscheinlich nie etwas für dasselbe thun werden, während man jeden Ersatz und jede Entschädigung wesentlich französischen Prinzen verweigert, die seit der Belagerung von Antwerpen bis zur Gefangennehmung Abd-el-Kaders niemals eine Gelegenheit versäumt haben, um der nationalen Fahne zu dienen und sie zu ehren, die an der Spitze unserer Armeen das Beispiel aller militärischen und bürgerlichen Tugenden gegeben haben und die, seit das ganz unverschuldete Exil ihnen Frankreichs Thore verschlossen hat, nie durch irgend ein Unternehmen, durch irgend eine Handlung, durch irgend ein Wort den öffentlichen Frieden gestört und versucht haben, in ihrem Lande Zwietracht zu säen oder es mit Blut zu befecken?

Aus allen diesen Beweggründen und noch aus vielen anderen werde ich tausend Mal gegen den am 22. Juni vorgelegten Entwurf protestiren. Wenn es in der Welt Fürsten gibt, welche die Ehre des Blutes, dem sie ihren Ursprung verdanken, so sehr vergessen, daß sie eine derartige Wohlthat annehmen, so will ich nicht zu den Gesetzgebern gehören, die ihnen eine solche Demüthigung auferlegen. Ich lasse mich in dieser Beziehung von keinen Personen, oder Partei-Interessen leiten. Wenn, was Gott

verhüten möge, Prinzen aus dem Hause Bourbon jemals dazu verleitet werden könnten, auf diese Weise gegen die Prinzen der Napoleon'schen Dynastie zu handeln, so würde ich die nämlichen Gefühle empfinden und die nämliche Sprache führen; denn ich gehöre zu denen, die der Gerechtigkeit dienen und nicht dem Glück.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, dem gesetzgebenden Körper dieses Schreiben mitzutheilen und zu veranlassen, daß es in dem offiziellen Berichte erwähnt werde."

Dieses Schreiben ist zwar nicht dem legislativen Körper vorgelesen, dagegen dem Kaiser selbst mitgetheilt worden, auf welchen es einen tiefen Eindruck gemacht haben soll.

Großbritannien.

Die telegraphisch gemeldeten Artikel der „Times“ und der „Morningpost“ in Bezug auf die Nothwendigkeit englischer Intervention in Neapel, liegen uns nun vor. Es sind eben Artikel, mit derselben Rücksichtslosigkeit auf diplomatische Verhältnisse und mit derselben Roastbestrebtheit geschrieben, wie man sie in der „Times“ bei jeder Gelegenheit sehr oft für und wider dieselbe zu lesen gewohnt ist. Das ganze Geschreibsel verliert alle politische Bedeutung, da am Ende die Intervention nur in Verbindung mit Frankreich als ausführbar betrachtet wird, Frankreich aber in seiner Note an die sardinische Regierung sich deutlich genug und scharf deprimierend gegen alle revolutionären Bewegungen auf der Halbinsel ausgesprochen, indem es die Verbesserungen daselbst einzig von den Verhandlungen zwischen den Regierungen abhängig machte. In derselben Weise sprach sich auch der englische Minister Clarendon in der Parlamentsitzung aus, welche eben „Times“ und „Post“ zu ihren Invektiven veranlaßt. „Times“ und „Post“ mögen nun ihre eigene Meinung oder die eines Ministers verteidigen, der auf wohlfeile Weise nach der immer mehr entweichenden Popularität hascht, es wird jedenfalls mit dem Geschrei gegen Neapel so enden, wie mit dem Lärm gegen Amerika, der gleicherweise in diesen Organen so laut geschlagen wurde, und in fast lächerlicher Weise zu erlöschen.

Wenn es hoch kommt, sind die Artikel der „Times“ und „Post“ Schreckschiffe, abgefeuert an der Themse, um am Vesuv zu wirken. Möglich auch, daß dieselben nur Lückenbüßer sind, um die Eintönigkeit des Tages zu versüßen. Jedenfalls aber werden sie an dem normalen Gang der italienischen Angelegenheit nichts ändern und es bleibt eben nur ein frommer Wunsch, wenn sich die genannten Journale für eine Intervention der Westmächte erklären. Das italienische Volk habe das Recht, meint „Post“, den Beistand der Westmächte anzurufen. Entweder aber gar keine Intervention oder eine beiderseitige. England habe immer gezögert, sich in die Händel zwischen fremden Völkern und deren Regierungen einzumischen, aber auch dieses Prinzip habe gewisse Grenzen; in gewissen Momenten werde eine Intervention zur Pflicht, und ein solcher Moment dürste bald in Italien eintreten. . . Die edlen Geister in Italien müßten an die Spitze der Bewegung treten, um eine Revolution des Geistes, nicht des Schwertes, durchzuführen. Eine verantwortliche Monarchie, die Zurückziehung österreichischer Truppen und die moralische Unterstützung der Westmächte sei Alles, was dem edlen und leidenden Italien Noth thue. — Von Frankreich und den französischen Okkupationstruppen spricht die „Post“ nicht, wie denn überhaupt der ganze Artikel so verwaschen ist, wie der Brief Manin's an „Daily News“, der die Neapolitaner zu friedlichen Steuerverweigerern machen will, und davon eine verfassungsmäßige Regierung für das Königreich beider Sicilien erwartet. Was den „Times“ Artikel betrifft, wäre es wahrhaft schwer zu sagen, ob er gröber gegen Oesterreich oder gegen Neapel gehalten ist. Sie spricht, im Gegensatz zur „Post“, auch von den französischen Besatzungstruppen in Italien, aber sie empfiehlt deren Zurückziehung nicht unbedingt. Ihre Rathschläge laufen dahin hinaus, daß die Westmächte militärisch interveniren sollen, um

die neapolitanische Regierung zu volksthümlichen Zugeständnissen mit Gewalt zu zwingen. Schlichte Leute hätten immer behauptet, daß man mit einem halben Duzend aus der Krim heimkehrender Kriegsschiffe im Vorüberfahren Alles hätte vortrefflich einrenken können. (Oesterr. Ztg.)

Spanien.

Der „Independance belge“ schreibt man aus Madrid vom 26. Juni: „Nach allen Privatberichten hätte die Meuterei zu Valladolid gleich beim Beginn leicht unterdrückt werden können, wenn die Behörden nachdrücklich verfahren wären. Man ließ aber die Meuterer vier Stunden lang ungestört plündern und Feuer anlegen; der um Truppen angegangene Generalkapitän verweigerte dieselben unter dem Vorwande, daß ihm nicht der ausschließliche Befehl übertragen sei, und erst nach Verkündigung des Belagerungszustandes verließen die Truppen ihre Kasernen. Auch zu Palma, dem Hauptort der Balearen, kam es am Abende des 20. unter dem Vorwande der Lebensmitteltheuerung zu einigen Exzessen die jedoch von der Nationalgarde sofort unterdrückt wurden. In der heutigen Cortessitzung erklärte der interimistische Minister des Innern, die Ruhe sei zu Valladolid und Valencia so völlig hergestellt und eine Erneuerung der Meuterei werde eben so wenig befürchtet, daß der Generalkapitän durch den Telegraphen gemeldet habe, er bedürfe der früher von ihm begehrten Batterie Artillerie nicht mehr. Er (der Minister) habe daher die Zurückberufung der am 25. Juni früh in Eilmärschen nach Valladolid abgegangenen Batterien angeordnet. Für die von der Regierung, auf Abschlag der durch die Cortes genehmigten Anleihe von 50 Millionen, ausgetretenen 34 Millionen Reales sind trotz der vortheilhaften Bedingungen nur 26,267,500 Reales angemeldet worden.“

Am 25. Juni Abends versammelten sich die Minister zum ersten Male, seitdem die Aufstände bekannt wurden. Die „Gaceta“ veröffentlicht am 26. in Folge der gefaßten Beschlüsse folgende königliche Verordnung:

„In Hinsicht auf die Bedeutsamkeit der Vorfälle in mehreren Städten Alt-Castiliens, in Betracht der Gleichzeitigkeit ähnlicher Vorfälle in anderen Provinzen, und mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit, diese Vorfälle zu verifiziren, ihren Ursprung und ihr Ziel zu ermitteln, befehle ich, daß sich der Minister des Innern in die gedachten Provinzen begeben und die nöthigen Anordnungen treffe, um die Ruhe zu befestigen und über die Thatsachen selbst Aufklärung zu verschaffen.“

Der Minister des Innern Escosura ist sofort um Mitternacht abgereist.

Dänemark.

Das „Gesetz- und Ministerialblatt für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg“ publizirt nachstehende Bekanntmachung, wodurch es für die Folge feststehen soll, daß die Domänen Holsteins zu den gemeinsamen Angelegenheiten gehören, und soll jetzt mithin für Holstein dieselbe Norm, welche unter dem 10. November v. J. für Schleswig festgesetzt wurde, gelten. Die Bekanntmachung, vom 23. Juni datirt, lautet, wie folgt:

Wir Frederik der Siebente etc. thun kund hiermit: Da mit Rücksicht auf die Bestimmung des §. 22 des Verfassungsgesetzes für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie vom 2. Oktober 1855, der zu Folge gemeinschaftliche Angelegenheiten alle diejenigen sind, welche nicht ausdrücklich als für die einzelnen Landesheile gesonderte bezeichnet worden, eine nähere Bestimmung der besondern Angelegenheiten des Herzogthums Holstein, als dieselbe sich aus den §§. 3 und 4 der Verordnung, betreffend die Verfassung des Herzogthums Holstein, vom 11. Juni 1854 ergibt, zweckmäßig erscheint und sich dabei einige Abänderungen der gedachten Paragraphen als erforderlich darstellen, so haben Wir Uns auf den Grund des §. 24 der Verordnung vom 11. Juni 1854, wonach Abänderungen der in jenen Paragraphen enthaltenen Bestimmungen der Zustimmung der

Bersammlung der Provinzialstände Unseres Herzogthums Holstein nicht bedürfen, Allerhöchst bewogen gefunden, in dieser Beziehung zu gebieten und zu befehlen, wie folgt: Die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein sind: jede aus dem Verhältnisse des Herzogthums Holstein zum deutschen Bunde fließende Verpflichtung, in Uebereinstimmung mit dem §. 23 des Verfassungsgesetzes für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie vom 2. Oktober 1855; das Justiz- und Polizeiwesen (mit Ausnahme des Theiles, welcher dem Militärwesen übertragen ist), darunter die allgemeine Gesetzgebung in Betreff der bürgerlichen Verhältnisse, der Verbrechen und der Rechtspflege einbegriffen; die Ausbringung der Mannschaft zum Land- und Seeheere, welche zu Folge der bestehenden Pläne oder der von der gesetzgebenden Gewalt für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten erlassenen Gesetze von dem Herzogthum Holstein zu stellen ist; die Ausbringung der Pferde, der Lebensmittel, der Fourage, des Quartiers und ähnlicher Naturallieferungen, deren Herbeischaffung dem Herzogthum auf vorgedachte Art auferlegt wird; das Kirchen- und Unterrichtswesen, mit den unter selbiges gehörenden Lehranstalten (das Navigations-Examen gehört zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten); das Kommunalwesen; das Armenwesen; das Gewerwesen; die Landwesenssachen; die Besteuerung liegender Gründe, des Vermögens, der Einnahme und der Nahrung; die das Stempelpapier betreffenden Angelegenheiten, alle mit den besonderen Angelegenheiten in Verbindung stehenden Einnahmen und Ausgaben und jede neue, das Herzogthum Holstein allein betreffende Steuer; die Ausbringung der zur Einlösung der holsteinischen Kassenanweisungen erforderlichen Gelder, so wie eine jede neue Schuld, welche für das Herzogthum Holstein besonders kontrahirt werden möchte; das Medizinalwesen; das Kanal- und Hafnenwesen; das Begewesen und die Eisenbahnsachen; das Freisuhwesen; das Affekuranzwesen; das Strandwesen; die auf die bürgerlichen militärischen Korps sich beziehenden Angelegenheiten; Angelegenheiten, betreffend Fideikomisse und öffentliche Stiftungen; das Deichwesen. Sodann sind als besondere Angelegenheiten, gemeinschaftlich für das Herzogthum Holstein und das Herzogthum Schleswig, fernerwärtig zu betrachten die in Unserer Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Jänner 1852 genannten Sachen, welche folgende nichtpolitische Einrichtungen und Anstalten betreffen: die Universität zu Kiel; die Ritterschaft; der Eiderkanal (den Zolltarif darunter jedoch nicht mitbegriffen); das Brandversicherungswesen; die Straf-Anstalten; das Laubstummeln-Institut und die Irren-Anstalt. Wir behalten es Uns vor, wenn die von Uns Allerhöchst beabsichtigte Revision der Verordnung, betreffend die Verfassung des Herzogthums Holstein vom 11. Juni 1854 zum Abschluß kommt, die vorstehenden Bestimmungen in das alsdann zu erlassende Verfassungsgesetz für die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein aufnehmen zu lassen; so wie auch, da es Unser Allerhöchster Wille ist, daß sämmtlichen Landesheilen rücksichtlich etwaiger Bestimmungen über den Umfang der besondern Angelegenheiten derselben eine gleiche Stellung angewiesen werde, in Ansehung unseres Herzogthums das zu dem Ende Erforderliche veranlaßt werden wird.“

Telegraphische Depeschen.

Paris, Samstag. Der Kaiser hat am 3. d. M. den Gebrauch der Bäder zu Plombieres begonnen; wegen einer Unpäßlichkeit des Herrn v. Baroche hat Graf Walowski seine Abreise verschoben.

Florenz, 3. Juli. Ein wechselseitiger Handels- und Schiffahrtsvertrag ist zwischen dem Großherzogthum Toscana und dem Königreiche Griechenland auf die Dauer von fünfzehn Jahren abgeschlossen und ratifizirt worden. Der hiesige Erzbischof Monsignore Minucci ist gestern gestorben.

Lokales.

Laibach, am 8. Juli.

Künftigen Donnerstag den 10. Juli findet die diesmonatliche Versammlung der Mitglieder des Musealvereins um 5 Uhr Nachmittags in der oberen Abtheilung des Landesmuseums Statt.